

## Die Mindest- und Minderbemittelten der Straßenbahn.

Sie ist ein tiefwurzelndes österreichisches Übel, die Achtung der Behörden und Ämter vor den Besitzenden. Sie zeigt sich immer wieder, wenn wir auch meinen, es wäre angezeigt, endlich einen anderen Weg einzuschlagen, als den Armen und Armsten immer tiefer in die Taschen zu greifen, vor denen der Reichen aber ehrfürchtig Halt zu machen. Leider tun es auch die, denen wir durch Wahl die Pflicht übertragen haben, für unser Wohl zu sorgen.

Die geplante Erhöhung der Straßenbahnfahrten ruft die Empfindung wach, daß der Kern der verheißenen, vielgepriesenen neuen Ordnung sich ja doch nicht wesentlich von dem der alten unterscheidet. Sätte sich die Gemeinde zur Deckung des Fehlbetrages in ihrem Haushalte das Ziel einer gerechten Besteuerung gesteckt, der Weg zu diesem Ziele wäre bald gefunden worden. Mein uns dünkt, die Gemeinde erfasse die Lage nicht genau, sie glaube, der Bevölkerung genug entgegenzukommen, wenn sie den gegenwärtig bestehenden 22-Seller-Fahrpreis auch weiterhin in dieser Höhe belasse, — so daß die Mehrbelastung von einem — leider ziemlich geringen — Teile der Bevölkerung doch nicht so hart empfunden werde. Sie verkennet aber ganz, daß durch die Erhöhung des 16-Seller-Tarifes um 6 Heller gerade jener Teil, der unter den obwaltenden Umständen der raschesten Hilfe bedarf, am stärksten betroffen wird.

Die Straßenbahn wird täglich von durchschnittlich einer Million Zahlender befahren. Von den 130.000 Haushaltungen der Mindestbemittelten, jeden zu vier Personen gerechnet, können wir im Durchschnitte täglich 200.000 Personen als zahlende Fahrgäste betrachten. Wir fragen nun die Gemeinde, ob sie denn die Absicht tatsächlich verwirklichen will, jener Million, der die Last der Zustandsetzung des Gemeindehaushaltes aufgebürdet werden soll, die 200.000 Mindestbemittelten, deren Dürftigkeit sie selbst erkannte, einzureihen. Es scheint uns, daß die Summe aus der Mehrzahlung dieser Zweihunderttausend, die ein Stück Gesundheit und Kraft darstellt — Dinge, die der Staat in einiger Zeit sehr dringend brauchen wird! —, leicht hereingebracht werden könnte, würde nur die Erhöhung der bestehenden Fahrpreise für diese Mindestbemittelten einer Erhöhung der kommenden Preise für Hochbemittelte Platz machen!

Wir haben die feste Überzeugung, daß sich bei einem, dem der Krieg gut anschlügt, der aber trotzdem, wenn auch zu seinem Leidwesen, mangels anderer Fahrgelegenheiten gezwungen ist, die Straßenbahn zu benutzen, eine tägliche Mehrausgabe von einigen Hellern nicht fühlbar machen würde. Es ist zwar anzunehmen,

daß ein Aufruf zur Meldung dieser Hochbemittelten nicht jenen Zuspruch zur Folge haben würde, wie kürzlich die Aufforderung hinsichtlich der Mindestbemittelten. Doch dem wäre leicht dadurch abzuhelfen, daß man nunmehr die seinerzeit bei den Lebensmittelkarten in Aussicht genommene Unterscheidung zwischen Mindest- und Minderbemittelte macht. Die für letztere maßgebende Gehaltsgrenze wäre unseres Erachtens mit 300 K monatliches Einkommen nicht zu hoch gegriffen. Hier wie auch bei den Mindestbemittelten könnte natürlich eine Zusammenziehung zu Haushaltungen nicht stattfinden, sondern müßte das Einkommen des einzelnen den Ausschlag geben. Personen, die sich nicht selbst erhalten, wären nach dem Einkommen ihrer Ernährer zu beurteilen.

Jeder mit einem Ausweis versehene mindest- oder minderbemittelte Fahrgast hätte dann gegen dessen Vorweisung die für ihn bestimmte Karte zu erhalten. Die übrigen müßten den regelmäßigen — erhöhten — Fahrpreis bezahlen.

Mit nicht zu verkennender Klarheit ist aus dem gefaßten Beschlusse zu ersehen, daß bei uns gemächlich im alten Schritte weitergetrottet wird. Es handelt sich hier zunächst um etwas anderes als die Ersparnis von einigen Hellern am Tage, es handelt sich vor allem darum, daß endlich einmal die Macht jener Gewohnheit gebrochen werde, die sich nicht scheut, von dem darbedenden, unterernährten Manne dieselbe Steuerabgabe zu verlangen, wie von dem, der durch glückliche Geburt oder glücklichen Unternehmersinn in die Lage versetzt wurde, seinen Gaumen jeweilig den höchsten Preisen der Speisefarte anzupassen. Wir würden der Gemeinde doch raten, die in Aussicht genommene Erhöhung nochmals zum Gegenstande einer wohlermägenden Besprechung zu machen. Denn gewichen ist jene Gleichgültigkeit, die früher als österreichische Gemüchlichkeit bezeichnet wurde. Die Masse des Volkes ist nicht gewillt, zu dulden, daß die, die das Blut ihrer Söhne, die Ruhe ihrer Mütter, den Trohsinn ihrer Kinder in diesem Kriege hergeben mußten, nun in eine Reihe mit denen gestellt werden, die ferne dem Kriege und ihre Bereicherung bedacht sind. Müßten schon die fehlenden Millionen durch den Betrieb der Straßenbahn hereingebracht werden — ein kluger und moralischer Haushalt brächte sie allerdings durch eine ganz bedeutende Erhöhung der Umlagen für die Erwerbssteuer zustande — dann mögen vor allem die Zahlungsfähigen diese Aufgabe erfüllen!